

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	21
1. Kapitel: Inflation, Nominalwertprinzip und Inflationsfolgen im Einkommensteuerrecht	24
A. Inflation und Inflationsfolgen als Untersuchungsgegenstand	24
B. Bedeutung des Nominalwertprinzips bei Inflation	25
I. Das Nominalwertprinzip in der Rechtsprechung	25
1. Rechtsprechung zum Einkommensteuerrecht	26
2. Rechtsprechung zu anderen Rechtsgebieten	27
3. Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung nach dem Nominalwertprinzip	28
II. Dimensionen des Nominalwertprinzips	30
1. Geldtheoretischer Nominalismus	31
2. Geldschuldrechtlicher Nominalismus	32
3. Strikter Nominalismus	33
III. Nominalwertprinzip und Einwirkung der Inflation auf das Steuerrecht	35
1. Einwirkung der Inflation auf den Steuertatbestand	35
a) Steuerbemessungsgrundlage	36
b) Steuertarif	38
2. Bedeutung des Zeitpunkts von Steuerentstehung und -entrichtung bei Inflation	39
3. Zwischenergebnis	41
C. Inflationsfolgen im Einkommensteuerrecht	41
I. Inflationsbedingte Scheingewinne	42
1. Begriff des Scheingewinns	42
2. Erfassung inflationsbedingter Scheingewinne durch die Einkommensteuer	43
a) Fundierte vs. nicht fundierte Einkünfte	43
b) Sach- vs. Geldvermögen	45
c) Antizipation von Inflationsfolgen und Überwälzung der Scheingewinnbesteuerung	47

3. Steuerliche Relevanz inflationsbedingter Schuldnergewinne bzw. Scheinverluste	51
II. Kalte Progression	53
1. Abgrenzung inflationsbedingter kalter Progression von wachstumsbedingten Progressionswirkungen	53
2. Zur Bedeutung von Freibeträgen und sonstigen Abzugsgrößen	54
III. Zeitpunkt der Steuerentrichtung	55
IV. Ergebnis	56
 2. Kapitel: Methoden der Inflationsberücksichtigung und ihre Umsetzung im geltenden Einkommensteuerrecht	 58
A. Scheingewinneliminierung	58
I. Grundkonzepte der Scheingewinneliminierung	58
1. Indexierungen	58
2. Konsumorientierte Besteuerung	59
a) Inflationsneutralität nachgelagerter Besteuerung	59
b) Inflationsneutralität zinsbereinigter Besteuerung	60
c) Umfassend konsumorientierte Besteuerung vs. teilweise konsumorientierte Besteuerung	60
3. Typisierende Regelungen	61
4. Berücksichtigung inflationsbedingter Scheingewinne durch Billigkeitsmaßnahmen	61
II. Charakteristika der Grundkonzepte	62
1. Genauigkeit der Inflationsberücksichtigung	62
2. Möglichkeit umfassender Inflationsberücksichtigung	63
3. Umsetzbarkeit im bestehenden System der Besteuerung von Einkommen	64
4. Zwischenergebnis	65
III. Scheingewinneliminierung im geltenden Einkommensteuerrecht	65
1. Keine umfassende Scheingewinneliminierung	65
2. Ansätze partieller Inflationsberücksichtigung im geltenden Recht	67
a) Nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften	67
b) Verlagerung des Steuerzugriffs durch Rücklagenbildung	67
c) Abschreibungsverfahren und Verbrauchsfolgefiktionen	69
d) Inflationsberücksichtigung durch Freibeträge und Freigrenzen	70
e) Inflationsberücksichtigung durch schrittweise Steuerfreistellung (taper relief)	70

f) Inflationsberücksichtigung durch Steuerfreiheit bestimmter Einkünfte	71
g) Inflationsberücksichtigung durch Tarifiermäßigungen	72
IV. Zwischenergebnis	74
B. Kalte Progression	75
I. Methoden zur Berücksichtigung der kalten Progression	75
1. Indexierungen	75
2. Tarifieranpassung durch Rechtsverordnung	76
3. Pflicht zur regelmäßigen Prüfung des Tarifs durch den Gesetzgeber	77
II. Umsetzung im geltenden Recht	78
C. Zeitpunkt der Steuerentrichtung	79
I. Indexierungen	79
II. Einheitlicher Zeitpunkt der Steuerentrichtung	80
III. Ausgleich der Inflationseinwirkung durch entsprechende Verzinsung	80
IV. Schutz gegen Inflationsfolgen durch einstweiligen Rechtsschutz	81
D. Ergebnis	82
3. Kapitel: Verfassungsmäßigkeit der Scheingewinnbesteuerung	83
A. Verfassungsmäßigkeit der Scheingewinnbesteuerung nach dem Nominalwertprinzip	83
I. Gleichheitsgrundsatz	83
1. Ungleichbehandlung	83
a) Vergleichsmaßstab	84
aa) Das Leistungsfähigkeitsprinzip	85
bb) Das Gebot der Folgerichtigkeit	86
(1) Folgerichtigkeit im Steuerrecht	87
(2) Rechtsgebietsübergreifende Folgerichtigkeit	88
cc) Das objektive Nettoprinzip	90
b) Ungleichbehandlung von fundierten und nicht fundierten Einkünften durch die Besteuerung nach dem Nominalwertprinzip	91
aa) Scheingewinnbesteuerung und Leistungsfähigkeitsprinzip	91
(1) Leistungsfähigkeitsprinzip als Realwertprinzip	91
(2) Nominalwertprinzip und originärer Typisierungshorizont der Einkommensteuer	91

(3) Erhaltung der realen Ertragskraft als Gebot des objektiven Nettoprinzips	93
(4) Leistungsfähigkeitsprinzip gebietet reale Kapitalerhaltung, keine Substanzerhaltung	94
bb) Nominalwertprinzip als Maßstab des Folgerichtigkeitsgebots?	94
cc) Realwertprinzip als Maßstab rechtsgebietsübergreifender Folgerichtigkeit	96
dd) Ergebnis	97
2. Rechtfertigung	97
a) Anforderungen an die verfassungsrechtliche Rechtfertigung	97
aa) Willkürverbot und neue Formel in der Rechtsprechung des BVerfG	97
bb) Rechtfertigungsmaßstab im Steuerrecht	100
(1) Position des BVerfG	100
(2) Kritik	101
cc) Anforderungen an die Rechtfertigung einer Scheingewinnbesteuerung nach dem Nominalwertprinzip	102
b) Rechtfertigungsgründe für eine Scheingewinnbesteuerung nach dem Nominalwertprinzip	102
aa) Nominalwertprinzip als Rechtfertigungsgrund?	102
bb) Trennung zwischen Vermögen- und Ertragssphäre	103
cc) Verfassungsrechtliches Kontinuitätsgebot	104
dd) Rechtssicherheit	106
(1) Normenklarheit	108
(2) Vorausberechenbarkeit der Steuerlast	109
(3) Vertrauensschutz des Steuerpflichtigen	110
(4) Zwischenergebnis	111
ee) Indexfeststellung durch Dritte rechtsstaatswidrig?	111
ff) Praktikabilität	112
gg) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	116
(1) Verfassungsrechtliche Fundierung	116
(2) Verhältnismäßigkeit	117
hh) Scheingewinnbesteuerung als zulässige Sonderbelastung des Eigentums?	120
c) Zwischenergebnis	120
II. Freiheitsrechtliche Vorgaben	121
1. Art. 14 Abs. 1 GG	122

a)	Eingriff in den Schutzbereich der Eigentumsgarantie	122
b)	Rechtfertigung	123
aa)	Geeignetheit	124
bb)	Erforderlichkeit	125
cc)	Angemessenheit	126
2.	Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	128
III.	Sozialstaatsprinzip	128
IV.	Ergebnis	129
B.	Verfassungsrechtliche Anforderungen an Einzelregelungen partieller Inflationserücksichtigung	129
I.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit inflationserücksichtigender Einzelregelungen	131
1.	Widerspruchsfreie Ausgestaltung der Abweichungen vom Verteilungsmaßstab als zweite Dimension des Folgerichtigkeitsgebots	131
2.	Rechtfertigungsbedürftigkeit inflationserücksichtigender Einzelregelungen	132
3.	Rechtfertigung inflationserücksichtigender Einzelregelungen	134
a)	Anforderungen an die Rechtfertigung	134
b)	Rechtfertigungsgründe	135
aa)	Besondere Inflationserücklichkeit bestimmter Einkünfte	137
(1)	Absolute vs. relative Inflationserücklichkeit	137
(2)	Unterschiedliche Kapitalintensität einzelner Einkunftsarten	138
(3)	Unterschiede in der Überwälzbarkeit von Inflationserfolgen	138
(4)	Sonderrolle von Veräußerungserträgen	139
(5)	Saldierung mit inflationserbedingten Scheinverlusten	140
bb)	Rechtfertigung aus Sozialzwecken	141
(1)	Besondere Schutzbedürftigkeit des „kleinen Sparerers“	142
(2)	Altersvorsorge	144
(3)	Wirtschaftspolitische Gründe	145
4.	Zwischenergebnis	146
II.	Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung inflationserücksichtigender Einzelregelungen	147
1.	Anforderungen an typisierende Scheinertragseliminierungen	147

2. Bewertung der einzelnen Typisierungsmethoden	149
a) Freibeträge und Freigrenzen	149
b) Typisierte Inflationsberücksichtigung durch Steuerfreiheit	151
c) Schrittweise Steuerfreistellung (taper relief)	152
d) Tarifiermäßigungen	153
e) Zwischenergebnis	155
4. Kapitel: Verfassungsmäßigkeit der kalten Progression	156
A. Kalte Progression und Grenzen der Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs	157
I. Gleichheitsrechtliche Anforderungen	157
II. Art. 14 Abs. 1 GG	158
III. Sozialstaatsprinzip	159
IV. Subjektives Nettoprinzip	160
V. Familien-Nettoprinzip	161
VI. Zwischenergebnis	161
B. Kalte Progression und steuerrechtlicher Gesetzesvorbehalt	162
I. Wesentlichkeitstheorie	163
II. Gebot der gerechten Abwägung	164
III. Öffentlichkeit des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens und verfassungsrechtliches Transparenzprinzip	167
C. Ergebnis	168
5. Kapitel: Verfassungsrechtliche Pflicht zur Inflationsberücksichtigung bei unterschiedlichen Zeitpunkten der Steuerentrichtung?	170
A. Ungleichbehandlung	170
B. Rechtfertigung	171
I. Rechtfertigung der unterschiedlichen Erhebungsformen der Einkommensteuer	171
II. Rechtfertigung der „Nichtindexierung“	172
C. Ergebnis	173
Fazit	174
Literaturverzeichnis	179